



ENTSCHLISSUNG Nr. 7) Allgemeiner Zugang zu Gesundheitsversorgung

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

STELLT FEST, DASS:

- a) Gesundheit ein grundlegendes Menschenrecht ist und für alle BürgerInnen zugänglich sein sollte;
- b) Die Krankheitslast über die Nationen hinweg und besonders in den Entwicklungsländern zunimmt;
- c) Gesundheit ein Gut geworden ist, das an den Meistbietenden verkauft wird und deshalb die Armen ausgrenzt;
- d) Gesundheit sich aktuell rasant in ein privatisiertes Gut verwandelt und deshalb der Zugang zu Gesundheitsversorgung mittlerweile ein Privileg und kein Grundrecht mehr ist;

STELLT WEITERHIN FEST, DASS

- e) Der sozioökonomische Status von Gesellschaften kontinuierlich durch die schrecklichen Auswirkungen des mangelnden Zugangs zu Gesundheitsversorgung beeinträchtigt wird;
- f) Der sich ständig verschlechternde Zustand der Gesundheitsdienste auch die entwickelten Länder beeinträchtigt, insbesondere im Hinblick auf die Erbringung der Dienstleistung;

IST ÜBERZEUGT, DASS:

- a) Der Zustand der Gesundheitsdienste in den Entwicklungsländern im Besonderen hauptsächlich durch die extreme Knappheit an Personal und sonstiger Infrastruktur verschärft wird;
- b) Die Kosten für pharmazeutische Produkte und Medikamente für Entwicklungsländer extrem hoch sind, weshalb es für die Arbeiterklasse eine Herausforderung ist, Zugang zu diesen zu erhalten;
- c) Der Mangel an ausreichenden Mitteln zur Ausbildung von Gesundheitsfachkräften in Entwicklungsländern den Zustand der Gesundheitsversorgung angesichts chronischer Pandemien noch weiter verschlimmert; und

ENTSCHLIESST, DASS:

- a) Der Kongress eine Kampagne zugunsten des universellen Zugangs zu Gesundheitsversorgung für alle Menschen, unabhängig von ihrem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Status, entwickeln sollte.
- b) Unterstützungsmechanismen zur Förderung der Gesundheitsversorgung für alle und in allen Nationen, vor allem in Entwicklungsländern entwickelt werden.
- a) Eine Kampagne entwickelt wird, die sich gegen die Privatisierung der Gesundheitsversorgung einsetzt;
- b) Die Entwicklung von Personalressourcen im Gesundheitswesen die Schlüsselpriorität sein sollte und Gesundheitsfachkräfte von der Migration abgehalten werden sollten.

Hier können alle [Kongressentschließungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.